

Protokoll

der Sitzung vom **16.12.2015**
des **Studentischen Konvents**
der Julius-Maximilians-Universität Würzburg



Vorsitz: Bernhard Brück
Stellv. Vorsitzender: Andreas Christ
Protokoll: Daniel Janke

Anwesend: Siehe Unterschriftenliste in den Unterlagen.

Abwesend: Siehe Unterschriftenliste in den Unterlagen.

Datum: 16.12.2015

Beginn: 20:12 Uhr

Ende: 00:33 Uhr

Ort: Festsaal über der Burse
Am Studentenheim 1
97072 Würzburg

TOP 1 Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin	3
TOP 2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit	3
TOP 3 Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	3
TOP 4 Genehmigung der Tagesordnung	3
TOP 5 Gespräch mit Herrn Greiner	3
TOP 6 Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents	4
TOP 7 Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat, seinen Arbeitskreisen und Referaten.....	6
TOP 8 Anträge.....	9
TOP 9 Rechenschaftsberichte	18
TOP 10 Sonstiges	19

TOP 1 Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin

Daniel Janke wird als Protokollant gelost.

TOP 2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Es sind **X** Mitglieder des Studentischen Konvents anwesend und es liegen **X** Stimmrechtsübertragungen vor. Der Vorsitz stellt die Beschlussfähigkeit des Studentischen Konvents mit 32 Stimmen fest.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Bernhard Brück schlägt vor das Protokoll der letzten Sitzung beim nächsten Mal zu behandeln, weil es viele Änderungswünsche gebe, die noch nicht eingearbeitet seien.

Daniel Janke ruft alle dazu auf die Protokollentwürfe durchzuschauen, ob sie sich in den Redebeiträgen wiedererkennen und sich dann zu melden.

Bernhard bittet zukünftig keine Stichpunktprotokolle mehr zu verfassen.

TOP 4 Genehmigung der Tagesordnung

Bernhard Brück fragt die Anwesenden, ob es Änderungswünschen zur Tagesordnung gäbe. Dies ist nicht der Fall. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 5 Gespräch mit Herrn Greiner

Herr Greiner hält ein Vortrag zum neuen Campusmanagementsystem „WueStudy“.

Jenita Gnaneswaran betritt um 20:31 Uhr den Raum.

Hannah Häußler betritt um 20:32 Uhr den Raum.

TOP 6 Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents

Fachschaftenrat:

Alexander Chavez, der Vorsitzende des FSR, berichtet von der letzten Sitzung, die seit dem letzten Studentischen Konvent stattgefunden hat.

In der letzten Sitzung fand eine Nachbesprechung des Elterntages und eine Diskussion über die Plakatierordnung statt. In die nächste Sitzung des Fachschaftenrates möchte Herr Stegh, Leiter der Stabsstelle Grundsatzfragen, kommen.

Weiterhin wurde über die Regelungen bezüglich des Kopierens bei der Klausureinsicht und den BAföG-Regelungen an den einzelnen Fakultäten diskutiert.

Da es keine Rückfragen gibt, geht es weiter mit den Berichten aus verschiedensten Kommissionen, die getagt haben.

Kommission für Studium und Lehre (KSuL):

Christian Otto berichtet von der Kommission für Studium und Lehre, die am 2. Dezember 2015 getagt hat. Diese Sitzung erfolgte nur kommissarisch, da neue Mitglieder noch immer nicht bestellt wurden. Dazu musste die Sitzung wegen nicht erfolgter Einsicht in die Unterlagen, auf den 02.12., vertagt werden.

Es wurde über die Beteiligung aus studentischer Sicht bei der Revision von Studiengängen gesprochen. Es solle jetzt auch die „Zugehörigkeit zur Organisationseinheit“ der beteiligten Studierenden aufgenommen werden. Bei den Wirtschaftswissenschaften sei es jetzt möglich mit mobilen Endgeräten bei der Klausureinsicht Fotos zu machen. Dies solle auch Thema bei der EUL seien. Er ruft die Fachschaften auf sich für die Umsetzung an allen Fakultäten

einzusetzen.

Christian gibt eine persönliche Erklärung zum Antrag „Schriftliche Berichte“ (FSV Medizin) ab:

„1. macht euch Gedanken ob die StuV ein entsprechendes Berichtswesen einrichten will,

2. das Verfassen solcher Berichte ist rechtswidrig.

3. Inhaltliche Frage: Welche Art von Information findet sich in diesen Berichten.

4. Diese Berichte sind viel Aufwand für alle Beteiligten

5. Kommissionsmitglieder sind nicht an Beschlüsse des Studentischen Konvents gebunden → daher muss niemand diesem Antrag Folge leisten

Ich lehne diesen Antrag ab und werde mich, soweit er beschlossen wird, an dieser Form der Berichte nicht beteiligen. Man sollte sich grundlegende Gedanken machen, ob die Sitzung nicht besser strukturiert werden könnte“

Diese Persönliche Erklärung findet sich als Anlage 1 am Ende dieses Protokolls im Wortlaut.

PfQ:

Daniel Janke berichtet. Er verweist auf den gestern im einBlick erschienenen Artikel, in dem informiert würde, dass sich die Uni seit dem 30. November offiziell im Verfahren der Systemakkreditierung befinde. Die nächste Sitzung der PfQ sei am 20. Januar. Weiterhin seien bereits alle Sitzungstermine bis Dezember 2016 terminiert.

CMS

Daniel Janke berichtet. Seit dem letzten Konvent habe das Gremium zweimal getagt. Aufgrund des Vortrages von Herrn Greiner verzichtet er auf Einzelheiten.

Marco Bleistein fragt nach, ob es Kritikpunkte am Projekt gebe, die im Vortrag von Herrn Greiner nicht angesprochen worden seien.

Daniel antwortet, dass dies nicht der Fall sei. Auf Kritik und Anmerkungen der studentischen Mitglieder in der Projektgruppe werde konstruktiv reagiert und ihre Meinungen werden berücksichtigt.

TOP 7 Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat, seinen Arbeitskreisen und Referaten

Sprecher- und Sprecherinnenrat:

Lukian Bottke berichtet. Um die Umsetzung der Beschlussdatenbank habe sich das Referat Datenschutz gekümmert. Es gab Bedenken bzgl. der Sicherheit gegenüber Angriffen. Es werde wohl bis zum Sommersemester mit der Umsetzung dauern.

Bei der Refugees-Welcome-Party seien zirka 100 zahlende Gäste gewesen. Es waren leider nur wenige Leute aus der Studierendenvertretung da.

Es gebe die Idee ein Campus-Dinner mit Geflüchteten zu machen, um diese sozial zu integrieren. Weiterhin werde über ein Aufruf Spielzeug für Geflüchtete abzugeben nachgedacht.

Weiterhin berichtet er, dass der SSR am kommenden Wochenende auf Klausurwochenende fahre.

Es gibt eine Rückfrage von Sebastian Geiger. Er möchte wissen, was der SSR bzgl. der Hochschulpolitik mache und was seine Schwerpunkte seien.

Lukian antwortet, dass man die Beschlüsse des Konventes umsetzte.

Sebastian hakt nach, was der SSR ansonsten noch mache und ruft ihn dazu auf, sich auf seinem Klausurwochenende dazu Gedanken zu machen.

Daniel Janke fragt nach, ob vom heutigen Treffen mit der Universitätsleitung berichtet werden könnte.

Simon Lindner berichtet, dass die Plakatierordnung angesprochen wurde. Plakatierflächen seien den Fachschaften weggenommen worden. Weiterhin mussten Sitzgelegenheiten in Gängen entfernt werden. Dies wurde kritisiert, da dies besonders für Studierenden mit Gehbeeinträchtigung ein Problem sei. Die Universitätsleitung habe zugesagt sich darum zu kümmern, dass brandsichere Sitzgelegenheiten angeschafft werden auch wenn sie teuer seien. Energetische Sanierungen werden da gemacht, wo sie am Drängendsten seien, da solche Sanierungen sehr teuer seien. Wegen der anvisierten Packstation sei Herr Klug im Gespräch. Auch wurde die Universitätsleitung vom SSR über den Stand der

Semesterticketverhandlungen unterrichtet.

Sebastian möchte wissen wer am Treffen teilgenommen habe.

Simon antwortet, dass Herr Reusch, Herr Forchel und Herr Klug anwesend gewesen seien.

Michael Kick fragt nach, was mit 54/1 sei.

Lukian erklärt, dass Herr Klug deutlich gemacht habe, dass er 54/1 zurückhaben wolle.

Simon ergänzt, dass man von seitens des SSR auf den Konventsbeschluss hingewiesen habe.

Michael fragt, ob es ein Notfallplan gebe und eine Besetzung geplant sei.

Lukian sagt, dass es kein Plan gebe. Er hält ein Beharren auf 54/1 nicht für sinnvoll, weil es aktuell nur als Lager genutzt werde.

Michael verweist auf den Konventsbeschluss. Wegen der Mensasanierung werde man die Räume brauchen.

Simon äußert, dass Herr Klug darauf verwiesen habe, dass die Studierendenvertretung nur Besitzerin der Räume und nicht Eigentümerin sei.

Sebastian erklärt, dass der Freistaat Bayern Eigentümer sei.

Referat für Angelegenheiten studentischer Hilfskräfte:

Daniel Janke berichtet. Es habe am 1. Dezember eine Pressemitteilung zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz gegeben. Diese sei auch am 3. Dezember in einem Artikel in der Mainpost aufgegriffen worden. Im Vorfeld der Pressemitteilung habe er an mehreren Telefonkonferenzen zur bundesweiten Koordinierung der Arbeit der Studierendenvertretungen zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz teilgenommen.

Mensaparty:

Daniel Janke berichtet. Der Gewinn der Party liege bei über 8100 Euro. Davon

gehe die Hälfte an die Studierendenvertretung.

Lukian Bottke bedankt sich bei Daniel für seinen Einsatz.

Julia Lindner fragt nach, ob der Studierendenvertretung Kosten entstanden seien und wenn ja in welcher Höhe.

Daniel antwortet, dass keine Kosten entstanden seien. Die Studierendenvertretung habe die Aufwandsentschädigung für die Helfer*innen gezahlt, weil das Studentenwerk die Leute sonst für einen Tag anstellen müsste. Diese Kosten würden aber zu 100 % vom Studentenwerk erstattet und dann in der Gesamtabrechnung berücksichtigt.

Alexander Chavez bedankt sich bei Daniel für die Organisation der Party.

Referat für Demokratie und Zivilcourage:

Benedikt Zapp berichtet. Dass Senator*innenbattle solle zu eine Hochschulgruppenbattle umgestaltet werden. Am 1. Dezember habe man eine Aktion zum Welt-AIDS-Tag zusammen mit der Aidshilfe-Würzburg durchgeführt. Diese sein insgesamt erfolgreich gewesen. Die anwesende Frau der Aidshilfe wolle die Zusammenarbeit gerne ausbauen.

Sebastian Geiger fragt nach, ob man sich von der Umgestaltung zu einem Hochschulgruppenbattle eine größere Besucher*innenzahl verspreche.

Benedikt bejaht dies.

Sebastian glaubt nicht, dass dieses Ziel durch eine reine Umgestaltung erreicht wird. Er schlägt vor, die Veranstaltung an der Hublandmensa durchzuführen. Weiterhin äußert er seine Idee die Veranstaltung aufzuzeichnen und ins Internet zu stellen, um mehr Leute zu erreichen.

Benedikt bedankt sich für die Vorschläge und wird sie mit ins Referat nehmen. Im StuV-Büro würden Aufkleber entfernt worden seien. Er ist der Meinung, dass man entweder alle Aufkleber hängen lassen oder alle entfernen solle. Das Referat rufe dazu auf, alle Aufkleber hängen zu lassen.

Sebastian bittet um ein Beispiel zum besseren Vorstellen des Sachverhaltes.

Benedikt erläutert, dass ein Smiley-Aufkleber der LHG entfernt worden sei.

David Köster begrüßt den Aufruf des Referates. Er fragt, wie die Studierendenvertretung mehr Leute für das Senator*innenbattle begeistern könne.

Benedikt antwortet, dass es die Kanäle Facebook, die Aufsteller in der Mensa, Flyer und seit neuestem ein Würfel im Foyer der Hublandmensa gebe. Über weitere Ideen sei das Referat dankbar.

Alexander Chavez findet die vielen Aufkleber im StuV-Büro nicht schön. Er fragt, ob man aufgrund der angesprochenen Problematik nicht alle Aufkleber entfernen sollte.

Michael Kick hält Aufkleber als politische Organisation und wegen der Jugendkultur für sinnvoll. Das StuV-Büro sei kein Büro wie jedes andere. Dies sollte man auch erkennen, wenn man das Büro betrete.

Bernhard Brück findet es schön, dass die Fachschaftsvertretung Mathematik/Informatik auf dem Benefiz-Konzert war. Er findet es unpassend in diesem Zusammenhang von „sich opfern“ zu sprechen.

Lukian Bottke stellt einen GO-Antrag auf 10-minütige Pause. Dagegen gibt es keine Gegenrede. Damit ist der GO-Antrag angenommen.

Die Sitzung wird um 22:01 Uhr unterbrochen.

Die Sitzung wird um 22:11 Uhr fortgesetzt.

Jenita Gnaneswaran überträgt ihre Stimme auf Juliane Skibbe.

TOP 8 Anträge

a) Mülltrennung in allen Uni-Gebäuden (FSV Philosophische Fakultät)

Alexander Chavez stellt den Antrag vor.

Thomas Bendokat findet die Idee gut und verweist darauf, dass es schon mehrere Mülleimer in einigen Gebäuden gebe. Die Putzkräfte hätten zu wenig Zeit, um den Müll getrennt zu entsorgen.

Alexander stimmt Thomas in seiner Feststellung, dass die fehlende Zeit das Problem sei, zu. Deswegen sollten die Mülleimer auch nicht räumlich getrennt

werden.

Markus Hein äußert, dass die FSV Mathematik/Informatik die Thematik mit ihrer Putzfrau besprochen hätte. Beim Technischen Betrieb werde aber sowieso alles zusammengeworfen.

Alexander findet die Uni an dieser Stelle scheinheilig und fordert, dass Mülltrennung endlich wirklich umgesetzt wird.

Thomas wiederholt, dass er den Antrag für sinnvoll halte aber der Inhalt des Antrages bereits umgesetzt sei. Das wirkliche Problem sei der Zeitdruck der Putzkräfte.

Alexander verweist darauf, dass z.B. im Bibliotheks- und Seminarzentrum oder in der Residenz gar keine Mülleimer vorhanden seien. Das grundsätzliche Problem müsse auf höherer Ebene diskutiert werden.

Sebastian Geiger fragt, ob der Anfang sei, dass wir erstmal den Müll trennen, aber dann doch alles zusammenwerfen.

Alexander verneint dies. Durch den Antrag sollte man sich auch dafür einsetzen, dass die Putzkräfte mehr Zeit haben. Er ruft dazu auf den Antrag per Änderungsanträgen entsprechend zu erweitern.

Sebastian Geiger stellt einen GO-Antrag auf Überweisung des Antrages zurück an die Antragstellerin und das Referat Ökologie, um sich intensiv mit der Thematik auseinanderzusetzen und den Antrag entsprechend zu überarbeiten.

Es gibt keine Gegenrede.

Damit ist der GO-Antrag angenommen.

b) Schriftliche Berichte (FSV Medizin)

Bernhard Brück stellt den Antrag stellvertretend vor.

Daniel Janke verweist auf die Persönliche Erklärung von Christian Otto und schließt sich seinen Aussagen an. Er findet den Konvent als Diskussions- und nicht nur Abnick-Gremium gerade gut.

Julian Langner hält die zusätzliche Arbeit insbesondere für Daniel Janke nicht

vertretbar. Viele Sachen würden sich erst im Gespräch ergeben.

Bernhard schließt sich Christian und den beiden Vorredner*innen an. Durch schriftliche Berichte würde die Diskussionskultur im Gremium verloren gehen. Er ist jedoch für Vorschläge zur Straffung der Bericht in der Sitzung offen.

Lukian Bottke schließt sich ebenfalls den Vorredner*innen an. Er glaubt, dass sich niemand durch den Wust der schriftlichen Berichte arbeitet und wenn dann nur einzelnen Personen. Er halt eine Diskussionsverkürzung als Selbstzweck nicht für gut. Abschließend verweist er auf den Vorschlag von Sebastian Geiger beim Bericht des Referats für Demokratie und Zivilcourage.

Markus Hein stellt einen GO-Antrag auf sofortige Abstimmung. Dagegen gibt es keine Gegenrede. Damit ist dieser GO-Antrag angenommen.

Abstimmung zum Antrag:

Ja-Stimmen: 1

Nein-Stimmen: 30

Enthaltungen: 5

Somit ist der Antrag abgelehnt.

c) Angepasste Studierende? Angepasste Hochschulen sind das Problem! (Juso-HSG)

Der Antrag wird von der Antragstellerin vorgestellt.

Dennis Kopp verlässt um 22:41 Uhr die Sitzung und überträgt seine Stimme auf Markus Hein.

Alexander Chavez fragt nach der Regelung bzgl. der Bibliotheken, da diese doch offen für alle sei.

Daniel Janke antwortet, dass dies zwar an unserer Universitätsbibliothek so sei, jedoch leider nicht überall.

Alexander fragt, ob der Studentische Konvent diesen Antragstext dann für ganz Bayern beschließt.

Lukian Bottke stellt klar, dass der Antrag ein Positionspapier ist und damit eine Meinung darstelle.

Bernhard Brück erklärt, dass ein Beschluss nicht zwingend einen Arbeitsauftrag enthalten muss. Ein Beschluss zur Mülltrennung sei auch so ein Beispiel. Dort steht die Meinung der Studierendenschaft zu einem Thema.

Alexander möchte wissen, was bzgl. Frauenbeauftragte, KIS und Gleichstellungsbeauftragte genau gemeint ist.

Indra Wachendorf antwortet, dass die genaue Umsetzung im Detail vor Ort diskutiert werden müsste.

Michael Kick ergänzt, dass die Stimme dieser Personen gestärkt werden muss, um sich für die Belange Benachteiligter besser einsetzen zu können.

Michel Kick verlässt um 23:04 Uhr die Sitzung und überträgt seine Stimme auf Indra Wachendorf. Mit ihm zusammen verlassen Lukian Bottke bei Übertragung seiner Stimme auf Andreas Christ und Andreas Drotloff bei Übertragung seiner Stimme auf Judith Lutz die Sitzung.

Alexander hätte gerne eine genauere Formulierung. Diese ist ihm im Antrag zu schwammig. Er findet den Punkt bzgl. Freiräume sehr gut, um Studierenden Platz zur Entfaltung zu geben. Bzgl. kommerzieller und sexistischer Werbung findet er die Absicht bezogen auf die Service-GmbH gut. Er stellt die Frage, ob quotierte Redelisten wirklich zu einer Änderung des Redeverhaltens führen. Wenn dem so sein sollte, findet er das ok.

Benedikt Zapp fragt, ob der Antrag von der örtlichen Juso-HSG geschrieben wurde, da der Antrag fast wortgleich beim Juso-Bundeskongress beschlossen wurde. Dies hält er für schwierig. Die einzelnen Punkte des Antrages sind Arbeitsanweisungen an den SSR. Diese könnte man in einzelne Anträge packen. Insgesamt sieht er den Antrag kritisch.

Marco Bleistein schließt sich Benedikt an. Er hält eine Konkretisierung in einzelne Arbeitsanweisungen für sinnvoller. Die Intention des Antrages sei: Wer zu anderen Zielen als im Antrag komme, sei nicht mündig. Mündig im Sinne des Antrages sei Kritik. Mündig nach Definition der LHG ist sich eigenen Gedanken zu machen. Der Antrag sei kein pragmatisches Positionspapier, dass dafür sorgt, dass studentische Interessen besser vertreten werden.

David Köster schließt sich Marco bzgl. seiner Ausführungen zur Mündigkeit an.

Mündigkeit würde im Antrag mit Machtlosigkeit verwechselt. Im Studentischen Konvent wird diskutiert und es werden Anträge beschlossen. Wir seien mündig.

Sebastian Geiger stellt die direkte Nachfrage welches Mündigkeitsprinzip David verwendet.

David antwortet, dass er kein konkretes Mündigkeitsprinzip verwendet. Die LHG sei auch für die Drittelparität. Man sollte jedoch unterscheiden zwischen Gremien, in denen Studierenden vertreten sein sollten, und Gremien, in den nur Professor*innen vertreten sein sollten. Freiraum zur kritischen Hinterfragung ist vorhanden. Ohne Anwesenheitspflicht und Maximalstudienzeit hätten wir keine wettbewerbsfähige Hochschule mehr. Wir würden es nicht schaffen die Studierenden für mehr Politik zu interessieren, da das politische Interesse in der Jugend und Kindheit entsteht. Abschließend fragt er, wo politische Aktivität eingeschränkt werden würde.

Daniel Janke antwortet, dass im vergangenen Semester Hochschulgruppen keine Räume durch die Universität zur Verfügung gestellt worden wären. Diese Thematik wäre daraufhin auch Thema im Landtag gewesen. Es gäbe dazu einen einstimmigen Beschluss des Plenums des Landtages in dem derartiges Verhalten verurteilt würde.

David findet die Wirtschaft wichtig für die Hochschule. Die Wirtschaft müsse die Hochschule finanzieren. Er hält das Statusgruppenwahlrecht für wichtig und richtig. Hochschulpolitik sei nicht immer Gesellschaftspolitik. Die LHG ist für eine strikte Trennung zwischen Hochschul- und Allgemeinpolitik. Weiterhin ist die LHG der Meinung, dass die Studierendenvertretung nur eine Interessenvertretung und keine politische Vertretung ist. David fragt, was unter zivilem politischem Protest zu verstehen ist. Er fragt weiter, ob darunter das Angreifen ziviler Mitarbeiter*innen der Bundeswehr oder Demonstrationen gegen Pegida, was er grundsätzlich begrüßt, mit anschließenden Auseinandersetzungen mit der Polizei verstanden wird. Weiter äußert er, dass die LHG grundsätzlich die Punkte im Antrag bzgl. Sexismus ablehnt. Die LHG hat eine andere Definition von Sexismus. Abschließend stellt er die Frage, wo es Sexismus an unserer Hochschule gibt und was die Juso-HSG unter Sexismus versteht.

Indra weist die Unterstellung, dass die Juso-HSG Straßenschlachten mit der Polizei führe, strikt zurück. Auf die Fragen von David antwortet sie, dass Frauen in unserer Gesellschaft strukturell diskriminiert werden. Nur als ein Beispiel nennt sie die Tatsache, dass Frauen in Deutschland weniger verdienen als Männer. Zur weiteren Beantwortung der Frage stellt sie die rhetorischen Fragen, wie viele

Mitglieder der Universitätsleitung weiblich seien, wie viele Dekaninnen und Dekane und wie viele Professorinnen es im Vergleich zu Professoren gebe. Sie stellt fest, dass dies ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Wir sollten dieses Problem jedoch in der Uni anfangen zu lösen. Sie fragt, wo die Grenzen zwischen Allgemein- und Hochschulpolitik verliefen. Zur Ausführung ihrer Frage nennt sie als Beispiel den Mindestlohn und die Finanzierung der Hochschulen. Auf Marco eingehend, sagt sie, dass wenn er einzelne Arbeitsanträge haben will, kann er diese gerne schreiben und stellen. Sie stellt fest, dass die LHG anscheinend ein Problem mit dem Begriff Neoliberal hat. Darüber kann man gerne reden. Auf Benedikt antwortend, sagt sie, dass der Antrag auf einen Beschluss des Juso-Bundeskongresses beruht. Zu den Anmerkungen von Alexander äußert sie, dass die Juso-HSG Beauftragte haben möchte, die sich für Benachteiligte einsetzen können und gegen Diskriminierung ankämpfen. Abschließend führt sie aus, dass quotierte Redelisten nicht mit einem unvertretbaren Aufwand verbunden sind.

Alexander stellt die direkte Nachfrage was gemacht wird, wenn keine Frau auf der Frauenliste steht.

Indra antwortet, dass es viele Arten von Redelisten gibt. Sie erläutert die verschiedenen Möglichkeiten der Umsetzung.

Sebastian Geiger stellt den GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Dagegen gibt es inhaltliche Gegenrede von David Küster. Er führt an, dass es noch viele offene Fragen gibt, die geklärt werden sollten.

Abstimmung über den GO-Antrag von Sebastian Geiger

Ja: 18

Nein: 6

Enthaltungen: 10

Damit ist der GO-Antrag angenommen und die Redeliste geschlossen.

Sebastian Geiger stellt den GO-Antrag auf Redezeitbegrenzung pro Redebeitrag auf drei Minuten für diesen Antrag. Dagegen gibt es keine Gegenrede. Der GO-Antrag ist damit angenommen.

Julia Langner merkt an, dass Indra von Antrag gesprochen hat. Im Antrag steht jedoch Positionspapier. Sie fordert auf sich zu entscheiden, ob es nun ein Antrag oder ein Positionspapier ist. Weiterhin findet sie es interessant, dass Indra als

Beispiel die Demo zur Ausfinanzierung der Hochschule angeführt hat, da weder sie noch andere Mitglieder der Juso-HSG bei der Demo anwesend waren. Sie findet, dass der Block „gegen Ausgrenzung“ ausgelagert werden sollte.

Melanie Tietze entgegnet auf Davids Äußerungen zur Abhängigkeit zwischen Hochschule und Wirtschaft, dass es keine Abhängigkeit mehr geben würde, wenn die Hochschulen ausfinanziert sein würden.

Bernhard äußert, dass wenn man googelt, man einen Link zur Internetseite der Juso-Hochschulgruppen findet und es sich daher die Frage nach dem Urheberrecht stellt. Er findet den Antrag insgesamt nicht schlecht, aber in einzelnen Punkten diskussionswürdig. Der Antrag enthält nach seiner Ansicht viele verschiedene Punkte.

Daniel weist darauf hin, dass auch im Konvent bereits eine quotiert Redeliste und zwar die Erstredner*innenliste geführt wird. Also eine Quotierung nach der Anzahl der Redebeiträge stattfindet. Davids Äußerung, dass Studierende nichts in Hochschulleitungen zu suchen hätten, entgegnet er, dass an der FH Brandenburg ein Mitglied der Hochschulleitung studieren muss. Die dadurch entstandene Vernetzung zwischen Hochschulleitung und Studierendenschaft war sicher nicht zum Schaden der Hochschule.

Eva-Tina Woll merkt an, dass die Universität zwei Vizepräsidentinnen hat und Bewerbungen von Frauen auf Professuren überaus willkommen seien. Eine reine öffentliche Finanzierung der Hochschule hält sie für nicht umsetzbar.

Marco Bleistein hält das Stellen von Änderungsanträgen nicht für sinnvoll, weil er glaubt, dass die Juso-HSG sonst den Antrag zurückzieht. Er erläutert, dass die LHG einen anderen Sexismus Begriff hat. Nach seiner Ansicht will die Juso-HSG, dass alles gleich sei. Dagegen will die LGH, dass alle die gleichen Möglichkeiten haben. Er behauptet, dass dies zurzeit auch so sei. Den Antrag lehnt er ab und empfiehlt ihn in einzelnen Anträgen neu zu stellen.

Abstimmung über den Antrag „Angepasste Studierende? Angepasste Hochschulen sind das Problem“

Ja: 12

Nein: 14

Enthaltungen: 10

Damit ist der Antrag abgelehnt.

d) Haushalt 2016 (SSR)

Simon Lindner stellt den Antrag vor.

Daniel Janke kritisiert, dass die Etataufstellung erst wenige Stunden vor der Sitzung verschickt wurde. Er hat grundsätzlich ein Problem damit über Dinge abzustimmen, die ihm nicht vorliegen. Die sei allerdings keine inhaltliche Wertung des Antrages.

Sebastian Geiger gibt Daniel Recht. Er relativiert jedoch, dass dieser Haushalt in Bayern aufgrund der nicht-Verfasstheit der Studierendenschaft keine Bedeutung hat.

Der Haushalt wird angebeamt.

Simon erklärt einzelne Etatpunkte sowie das Zustandekommen der Zahlen.

Indra Wachendorf fragt, warum unter Ausgaben bei „Büromaterial“ ein negativer Wert steht.

Simon antwortet, dass dies mit der gemeinsamen Nutzung des Kopierers im StuV-Büro mit dem Frauen- und dem KIS-Büro zusammenhängt.

Benedikt Zapp fragt, ob bei den geplanten Einnahmen die Spende für Geflüchtete berücksichtigt worden ist.

Simon antwortet, dass die Spenden wegen ihrer Höhe nicht ins Gewicht fallen würden.

Abstimmung über den Antrag „Haushalt 2016“

Ja: 25

Nein: 0

Enthaltungen: 6

Der Antrag ist damit angenommen.

Julia Langner stellt einen GO-Antrag auf 5-minütige Pause. Dagegen gibt es

keine Gegenrede. Der GO-Antrag ist damit angenommen.

Die Sitzung wird um 23:58 Uhr unterbrochen.

Die Sitzung wird um 00:04 Uhr fortgesetzt.

e) Klausuren nur noch in klimatisierten Räumen (LHG)

Bernhard Brück erklärt, dass es ein formales Problem mit dem Antrag gibt. Er zitiert den Beschluss des Studentischen Konventes vom 16.06.2013 nach dem Anträge geschlechtsneutrale formuliert werden sollen. Er ruft alle dazu auf darauf in Zukunft zu achten. Ansonsten müsste er Anträge in Zukunft zurückweisen.

David Küster stellt den Antrag vor. Der Antrag solle die Fachschaften beauftragen.

Alexander Chavez fragt, ob es dann nicht besser wäre den Antrag im Fachschaftenrat zu stellen.

Thomas Bendokat fragt, wie viele Räume bereits klimatisiert seine und fragt weiter, ob es sinnvoll sei in nicht energetische sanierten Räumen Klimaanlage einzubauen.

Eva-Tina Woll entgegnet, dass es nicht darum geht zusätzliche Räume zu klimatisieren. Vielmehr sollten Prüfungen nur noch in Räumen durchgeführt werden, die klimatisiert sind.

Juliane Skibbe findet, dass es schon schwierig genug ist überhaupt Räume zu finden. Es gebe Räume, die auch im Sommer kühl seien und es wäre schlecht dort dann keine Klausur schreiben zu können.

Bernhard äußert, dass es in der Chemie unmöglich wäre für einige Klausuren genug klimatisierte Räume zu finde. Er stellt die Frage, ob man eine maximale Temperatur in den Antrag schreiben sollte.

Daniel Janke begrüßt die grundsätzliche Absicht des Antrages. Er erläutert, dass die zulässige Temperatur jedoch bereits durch einschlägige Rechtsprechung vorgegeben sei. Gleiches gilt für die Lautstärke und die Zugluft. Die Studierendenschaft sollte sich lieber allgemein für eine bessere Gestaltung von Räumen einsetzen. Er legt der Antragstellerin die Zurückziehung und Überarbeitung des Antrages nahe.

Die Antragstellerin zieht den Antrag zurück und bedankt sich für die konstruktive Kritik.

f) Staatsarchiv Würzburg (SSR)

Die FSV Philosophische Fakultät tritt dem Antrag als Antragstellerin bei.

Simon Lindner stellt den Antrag vor.

Julia Langner findet den Antrag super. Sie hat sich mit einigen Dozierenden über die Thematik unterhalten. Die Thematik sei bereits beschlossene Sache. Dass Problem sei, dass wir da nicht viel ausrichten werden können. Sie fordert, dass die ÖPNV-Anbindung in der Folge ausgebaut wird.

Bernhard Brück stellt einen GO-Antrag auf sofortige Abstimmung. Dagegen gibt es inhaltliche Gegenrede von Matthias Fieber. Er würde gerne noch reden. Bernhard zieht seinen GO-Antrag zurück.

Bernhard Brück stellt einen GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Dagegen gibt es keine Gegenrede. Damit ist der GO-Antrag angenommen und die Redeliste geschlossen.

Matthias Fieber äußert, dass die Sache bereits durch den bayerischen Landtag beschlossen wurde. Er findet, dass sich die Studierendenvertretung jetzt um die ÖPNV-Anbindung kümmern sollte.

Abstimmung über den Antrag „Staatsarchiv Würzburg“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 9 Rechenschaftsberichte

Bernhard Brück liest die Antwort von Alexander Bagus (Leiter des Referat Datenschutz 2014/15) auf die Fragen des Studentischen Konvents 2014/15 übermittelt durch Mail von Daniel Janke (Vorsitzender des Studentischen Konvents 2014/15) vor.

Bernhard fragt, ob es weitere Fragen gebe. Er bittet den aktuellen SSR den alten SSR wegen seinen Rechenschaftsberichten anzuschreiben.

Sebastian Geiger sieht sich außerstande einen Rechenschaftsbericht zu schreiben ohne seine Verschwiegenheitspflicht zu verletzen. Er werde daher auch keinen solchen Bericht verfassen.

TOP 10 Sonstiges

Simon Lindner stellt einen GO-Antrag auf Öffentlichkeit der nächsten Sitzung. Dagegen gibt es keine Gegenrede. Damit ist der GO-Antrag angenommen.

Herr Stegh (Geschäftsführer der Service-GmbH) wird zur nächsten Sitzung eingeladen.

Julia Lindner stellt fest, dass man entgegen einiger Aussagen um halb eins fertig sei und habe trotzdem diskutiert. Sie finde dies cool.

Bernhard Brück wünscht allen gute Weihnachten und einen guten Rutsch.

Die Sitzung wird um 00:33 Uhr beendet.

Anlage 1: Persönliche Erklärung von Christian Otto zum Antrag
„Schriftliche Berichte“ der Fachschaft Medizin

In Vorbereitung auf die Sitzung des heutigen Studentischen Konventes, am 16.12.2015, habe ich Kenntnis des Antrages der Fachschaft Medizin „Schriftliche Berichte“ genommen und möchte hier zu eine persönliche Erklärung abgeben:

Für mich, als Mitglied der Kommission für Studium und Lehre, stellen sich vorab folgende Fragen:

- 1) Möchte die Studierendenvertretung der Uni Würzburg ein entsprechendes ausuferndes Berichtswesen wirklich implementieren?

In allen Bereichen der Hochschulpolitik, insbesondere der Fakultäten, gibt es ein bereits vorhandenes Berichtswesen, welche für alle Beteiligten meist mehr Last als Zweck beinhaltet. Es hat sich gezeigt, dass diese vielen Berichte zwar angefertigt – in der Praxis jedoch meist nicht hilfreich sind und eher eine unangenehme Pflicht für die verantwortlichen ErstellerInnen darstellen.

- a) Wem nützt dieses?

Mir als Kommissionsmitglied ist unklar, ob durch eine solches Berichtswesen tatsächlich Zeit erspart werden kann, oder ob diese Zeit aus der Sitzung nur ausgelagert wird und man den VertreterInnen des Studentischen Konventes den Arbeitsaufwand der Vorbereitung aufbürgt.

- b) Wer liest die schriftlichen Berichte tatsächlich?

In einem Gremium und in einem Amt, welches nachwievor ein Ehrenamt ist, stellt sich mir die Frage, ob die Mitglieder in ihrer Vorbereitung so viel Zeit

investieren können und auch möchten. Jeder der gewählten Mitglieder hat neben dem hochschulpolitischen Engagement stets noch ein Studium zu meistern, welches Priorität behalten sollte.

Des Weiteren ist für mich nicht absehbar wohin dieses Berichtswesen kommunikativ führen soll, denn durch die Auslagerung der Berichte entsteht schnell eine Anonymität und zeitgleich der Anspruch, an die Kommissions- oder Referatsmitglieder, die gesamte Arbeit in eine möglichst kurze, einfach zu fassende Form einzupassen. Da manche Sachverhalte, jedoch teilweise hochkomplex sind, ist durch eine mündliche Darstellung meist mehr erreicht, als ein Bericht auszudrücken vermag.

Als nächstes ist, soweit dieser Antrag angenommen wird, mit einer Mailflut über die entsprechenden Verteiler zu rechnen und ich weiß nicht, ob dies im Sinne der AntragsstellerInnen und der weiteren Mitglieder dieses Gremiums ist.

c) Welche Inhalte werden dort zu finden sein?

Auch sollte man sich hierbei hinterfragen, inwieweit dies eher kontraproduktiv sein könnte. Ich werde später darauf eingehen.

2) Als nächstes möchte ich auf verschiedene rechtliche Aspekte hinweisen.

a) Verbindlichkeit des Antrages für Kommissionsmitglieder

Sämtliche Mitglieder von Kommissionen sind an Beschlüsse des Studentischen Konventes nicht gebunden. Obwohl hier gewählt wird, ist dieses Ergebnis stets eine Empfehlung. Die konkreten Vorschläge der KandidatInnen werden von den studentischen SenatorInnen vorgenommen. Somit erfolgt deren Legitimierung nicht über den Studentischen Konvent, sodass die Mitglieder in den Kommissionen frei nach Ihrem Gewissen entscheiden können:

1. was sie in der Kommission tun,
2. ob sie darüber berichten wollen,
3. ob sie einen schriftlichen Bericht anfertigen wollen.

Ich bitte dies zu bedenken.

b) Hinweis auf Verschwiegenheit

Das Berichten über die Abläufe in den Kommissionen, was in diesem Gremium seit Jahr und Tag so praktiziert wird, ist stets eine sehr dehnbare Auslegung der Verschwiegenheitspflicht.

Sämtliche Mitglieder der Kommissionen verpflichten sich mit der Annahme der Wahl zur Verschwiegenheit und dürfen so, selbst wenn sie wollten, nicht über detaillierte Abläufe in den Kommissionen berichten. Der Vorschlag dies zukünftig in schriftlicher Form zu tun, zementiert eine Aufforderung zu formaljuristischem Rechtsbruch. Es bedürfte nur einer Person, die beispielsweise mich aus irgendwelchen Gründen nicht leiden kann, und ich müsste mögliche Konsequenzen durch das Justizariat fürchten. Ich lehne dies entschieden ab.

3) Nun zur Frage nach möglichem Inhalt der Berichte

Wie eben dargelegt bergen solche schriftlichen Berichte eine Rechtsunsicherheit. Es ist für mich offensichtlich, dass in den schriftlichen Ausführungen selbstverständlich nicht über kritische oder gar vertrauliche Inhalte berichtet wird. Dies verletzt die Verschwiegenheitspflicht und lässt mich mit der Frage nach Sinn und Zweck eines solchen – dann quasi bedeutungslosen – Berichtes zurück.

Alles in allem kann ich die Intention des Antrags sehr gut nachvollziehen und erkenne die Problematik auch an, jedoch müssen sich die Mitglieder dieses Gremiums fragen ob sie:

- a) eine solche Form der Kommunikation, mit den dargelegten Vor- und Nachteilen, tatsächlich wollen, oder ob es einfachere Lösungen durch mögliche Umstrukturierungen des Sitzungsablaufes, mit einem Aufteilen der Berichte, gibt.
- b) den erhöhten Aufwand für sich und die Mitglieder der Kommissionen, Referaten, Ausschüssen tatsächlich vertreten können und die für sie damit wachsenden Verantwortung, mit all den anderen Belastungen, gerecht werden können.

Ich persönlich lehne den Antrag, sowie die Forderung nach einem solchen Berichtswesen, konsequent ab und werde mich nicht daran beteiligen. Es wäre deutlich sinnvoller die interne Struktur zu prüfen, bevor man wild ein unüberlegtes Berichtswesen implementieren möchte.